

Letzten Monat nahm der Skandal um die Staatliche Ballettschule plötzlich eine neue Wendung, und zwar vor Gericht. Seit Januar 2020 war über die Schule eine schlimme Schlagzeile nach der anderen geschrieben worden. Die Bildungsverwaltung unterstellte Missstände gewaltigen Ausmaßes, ließ Hausverbote für die Leiter aussprechen und Kündigungen verschicken. Doch erst jetzt, im ersten Berufungsprozess am Landesarbeitsgericht, sprach eine Richterin unverhofft Klartext.

Sie erklärte dem Anwalt der Landes, der nach drei verlorenen Prozessen nun in zweiter Instanz auf einer Kündigung des Schulleiters Ralf Stabel beharren wollte, zusammengefasst: „Sie haben ja keine Fakten vorzutragen, nicht einen konkreten Vorwurf gegen den Leiter. Nur Luftblasen! Und das wissen Sie auch. Für eine Kündigung brauchen Sie Gründe. Sie konnten doch nicht annehmen, dass Sie hier heute obsiegen!“ Es klang wie: Der Kaiser hat ja gar nichts an! Er ist nackt.

Richterin Oda Hinrichs fragte den Anwalt Roland Gastell von der Kanzlei Arvanage, den die SPD-Bildungssenatorin Sandra Scheeres seit einem Jahr mit diesem Fall beschäftigt, welche Vergleichs- oder Jobangebote das Land dem Schulleiter zu unterbreiten habe: „Keine? Das ist krass. Jemand wird demontiert und dann wird nicht mal nach Auswegen gesucht?“ Der Anwalt des Landes beharrte, an der Schule habe es Missstände gegeben, eine Rehabilitierung und eine Weiterbeschäftigung als Schulleiter komme nicht in Frage. Die Richterin bestritt, dass die Missstände dem Schulleiter angelastet werden könnten: „Ich übersetze mal: Das Land will keine Lösung.“

Damit ist einiges gesagt über das Vorgehen der Bildungsverwaltung gegen den Leiter der Staatlichen Ballettschule Ralf Stabel, seit 2007 im Amt. Seit Juni 2020 gingen dem promovierten Wissenschaftler – Schulleiter im Rang eines Professors – drei fristlose Kündigungen zu. Alle wurden kassiert.

Bei der aktuellen Abschmetterung der Berufung argumentierte die Richterin aber nicht mehr einfach mit Fristen oder Formalien, sondern streng inhaltlich. Denn selbstverständlich bewahrt kein Kündigungsschutz der Welt einen Schulleiter davor, gefeuert zu werden, wenn er Kindesmissbrauch oder Misshandlungen duldet. Solche Vorwürfe stehen in keiner dieser Kündigungen, werden aber seit einem Jahr in der Presse breitgetreten. Keines der angeblichen Vergehen kam zur Anzeige. Bis heute gibt es keine Tat, kein Opfer, keinen Täter.

Die Richterin fragte, wie es dazu kommen konnte und kritisierte die Berichterstattung. Anwalt Gastell: „Die Veröffentlichungen waren massiv.“ Die Richterin: „Aus Gerüchten wurden Wahrheiten. Wir entscheiden hier nach Recht und Gesetz, nicht nach Gerüchten.“

Das anonyme Dossier

Die aber bestimmen indessen den Ruf der Schule. An der Spitze der Skandal-Berichterstattung steht von Anfang an der Rundfunk Berlin Brandenburg, der sich immer wieder rühmt, die Vorgänge „aufgedeckt“ zu haben. Ein anonymes Dossier, nachweislich voller Verleumdungen, das Anfang Januar 2020 an die Senatorin sowie Journalisten ging, diente offenbar zunächst als Grundlage.

Ende Januar raunte der Sender dann in der Abendschau vor Hunderttausenden Zuschauern von einem „Klima der Angst“ an dieser Schule, von Kindern mit „Arbeitsstunden über 13 Stunden“, von Drill, Bodyshaming und Magersucht. Hauptzeugin war eine frühere Lehrerin, die mehrfach alkoholisiert aus dem Unterricht geholt werden musste. Sie galt als besonders hart. In einem Zeitungsartikel wird berichtet, dass sie bewusst „unsanft“ agiere und „Kuschelpädagogik“ bei Schülern ablehne.

Für das Dossier, zu deren Urhebern sie gehören soll, wurden unzufriedene Absolventen angerufen und zu negativen Statements aufgefordert, die sich gegen Ralf Stabel und Gregor Seyffert, künstlerischer Leiter der Schule, richteten. Beide sollten aus dem Amt gekippt, ein Skandal provoziert werden, wie Schüler später schriftlich berichteten. Die Intrige hat funktioniert.

Der rbb nutzte indes jede Gelegenheit für Negativbeiträge, behauptete, „jahrelange Kindeswohlverletzungen“, richtete seine Berichterstattung auf Stimmungsmache aus. Zuletzt präsentierte der Sender einen ehemaligen Lehrer, der den Ballettschulleiter der Kumpanei mit der Schulaufsicht bezichtigt. Diese habe nämlich vor Jahren auf seine Mobbing-Vorwürfe nicht reagiert. Über die Art des Mobbing erfährt der Zuschauer kein Wort, aber die „Abendschau“ verbreitet es wie eine Tatsache. Kollegen erinnern sich an den Lehrer, weil er im Foyer



Treppenhaus-Blick in Richtung Trainingsraum in der Staatlichen Ballettschule

DPA/STEPHANIE PILICK

Ruiniert durch Raunen

Seit mehr als einem Jahr wird das Ansehen der Staatlichen Ballettschule und ihrer Leiter demontiert – von der Berliner Bildungssenatorin und von Medien durch Verdachtsberichte. Die Geschichte eines Rufmords

BIRGIT WALTER

der multikulturellen Schule einen Weih-nachtsbaum aus Klobürsten aufgestellt hat, weil sie das sehr unpassend fanden. Der Baum kam weg. Aber Mobbing?

Um die stärksten Schlagzeilen mussten sich der rbb und andere Medien nicht selbst bemühen, die lieferte die Bildungsverwaltung frei Haus. Sie hatte eine sogenannte Expertenkommission ohne Tanzexperten zusammengestellt und dazu eine Clearingstelle, bei der sich aktuelle und ehemalige unzufriedene Schüler und Lehrer melden sollten.

Zur Verkündung von Ergebnissen lud die Senatorin stets die Presse ein, gleich in die Räume der Senatsverwaltung. Dann verlinkte sie die Ergebnisse auf der Senatsseite – so viel zur Unabhängigkeit der Gremien. Die berichteten dann von physischen Misshandlungen, fiebernden und verletzten Kindern, die zu Auftritten gezwungen worden seien. Kein Kind, kein Lehrer habe gewagt zu widersprechen. Ungezügelt zeichnete die Clearingstelle Bilder wie aus einer

Strafanstalt Mitte des letzten Jahrhunderts, dazu sexuelle Übergriffe jeder Art: „Alles, außer Vergewaltigung“.

Dass die Gremien ihre Behauptungen völlig ungeprüft in die Welt setzten, dass in solchen Aussagen auch schlichte Unwahrheiten stecken können wie in dem Dossier, kam in der Verdachtsberichterstattung der wenigsten Medien vor. Kaum ein Journalist stellte die Frage, warum Kinder und Lehrer das alles mitgemacht haben sollten, ob Eltern oder Erzieher da nicht eingeschritten wären. Vor allem, ob Fälle von Missbrauch und Misshandlung an einer staatlichen Schule nicht grundsätzlich zur Anzeige durch die Verwaltung führen müssten. In dem Fall hätten natürlich die Anwälte des Landes vor Gericht nicht nur Luftblasen präsentieren müssen.

Auch ohne Missbrauch gibt es Gründe, Kinder dieser Schule zu schützen. Sie hatten es nicht nur mit einer alkoholkranken Lehrerin zu tun, auch danach herrschten hier offensichtlich zwei oder drei verbal

übergriffige Lehrkräfte, die ihre Schüler bewusst beleidigten, herabsetzten, als Arschlöcher beschimpften, ihnen die Liebe zum Tanz vergällten. Das ist in Protokollen dokumentiert. Sie alle unterrichten bis heute an der Schule. Alarmierten Eltern, die ihre Kinder nicht länger so ungeeignetem Personal überlassen wollten, schleuderte die zuständige Staatssekretärin Beate Stoffers im vergangenen Sommer entgegen: Die Ahndung von Verstößen erfordere Beweise! Der geschasste Schulleiter Ralf Stabel, der selbst keine Abmahnungen aussprechen, geschweige denn Personal austauschen durfte, hatte solche Vorfälle der Schulaufsicht gemeldet, wenn er von ihnen erfuhr – offensichtlich ohne Reaktion.

Sicher hätte er dem ignoranten Apparat rigoroser gegenüberzutreten können. An der Schule kollidierten von jeher die Ansprüche von Hochleistungssport, Allgemeinbildung und Internet. Ende 2019 beschwerte sich ein Teil der Lehrerschaft, die Schüler seien durch zu viele Auftritte überlastet. Die so-

fortige professionelle Überprüfung durch ein unabhängiges Institut ließ die Verwaltung abbrechen. Das Kollegium ist nach wie vor hoch zerstritten, auch unter dem aktuellen Leiter, einem Ingenieur und pensionierten Berufsschulleiter. Seyfferts Stellvertreter wurde von der Position des amtierenden künstlerischen Leiters geschasst – wieder muss ein Gericht entscheiden. Das erfolgreiche Landesjugendballett ist abgeschafft, freie Stellen werden nicht neu besetzt, Lehrkräfte fühlen sich ausgegrenzt.

Jetzt wird sogar nach einem neuen Namen gesucht. Jahrzehnte hat die Staatliche Ballettschule an ihrem Ruf gearbeitet, ruiniert war er in wenigen Monaten. Wo bleibt eigentlich der Aufschrei aus dem Staatsballett, das hier Nachwuchs rekrutiert, zu der geplanten Umbenennung?

Hier tobt ein Kulturkampf. Er soll nicht allein das internationale Renommee der Schule zerstören, sondern gleich die Existenz der ganzen Einrichtung in Frage stellen: eine Schule mit Ost-Tradition, die immer erfolgreicher wurde. Die seit 70 Jahren Spitzentänzer ausbildet, darunter Gregor Seyffert, 1996 erster Deutscher mit der Auszeichnung „Weltbesten Tänzer“. Diesen Ausnahmekünstler forderte ein Anwalt des Landes auf, er möge gefälligst endlich „im Westen ankommen“.

Ein verschwundener Radiobeitrag

Man fühlt sich plötzlich wie in den frühen 1990ern, als nicht nur an Ost-Universitäten die Eliten von ihren Posten geräumt wurden. Der rbb-Reporter Torsten Mandalka kritisierte von Anfang an die Leistungsorientierung, die „brachiale Bolschoi-Tradition“ an der Schule, die wohl vor allem ihm bekannt ist, die er aber ersetzen würde durch eine Schule für „Tanz und Bewegung“. Kritikwürdig fand er im Grunde alles an der Schule: einerseits die angeblich hohen Ausgaben für die Einrichtung mit den Bildungsangeboten mittlere Reife, Abitur, Berufsabschluss und Bachelor, andererseits die üppigen Einnahmen durch Auftritte und Tourneen. Seine Investigativ-Recherche reichte bis in kleine Details. Sogar, dass die Leiter 30 statt 20 Cent Kilometergeld abrechneten, wenn sie auf Tournee gingen. Allerdings sind erhöhte Sätze üblich, sobald weitere Personen oder Requisiten befördert werden, das wurde nicht dazugesagt.

Als die Richterin am 22. April dieses Jahres das Berufsbegehren in dem vom rbb „aufgedeckten“ vermeintlichen Skandal zurückwies und einen Einigungstermin im Mai vorschlug, waren auch Mandalka und seine Kollegin vor Ort. Aber von der Forderung, den Ruf des Schulleiters wieder herzustellen, Gerüchte nicht mit Tatsachen zu verwechseln, berichtete der öffentlich-rechtliche Sender nichts. Mandalka berichtete überhaupt nicht. Er hatte seinen Zuhörern schon vor der ersten Kündigung erklärt, dass die „Garanten des Angstklimas“ nicht wiederkommen würden.

Ansonsten fand der Prozess durchaus Resonanz. Der Deutschlandfunk Kultur etwa sendete am selben Abend ein Gespräch, das den Umgang der Senatsverwaltung mit der Schule klar kritisiert – faktenbasiert, meinungsstark. Der Sender nahm den Beitrag tags darauf von der Website: Er müsse wegen vieler Reaktionen überprüft werden. Er prüfte drei Wochen und teilte dann mit, das Stück werde nicht wieder online gehen.

Was war zu beanstanden? Woher die „vielen Reaktionen“? Die Berliner Zeitung erfährt keine Begründung. Auch die Autorin Sylvia Belka-Lorenz kennt bis auf eine einzelne plumpe Denunziation aus dem Schulumfeld keine Reaktion. Ihr wird kein Fehler vorgeworfen, aber sie soll ihre Recherche offenlegen. Was muss da im Hintergrund gelaufen sein, dass sich ein überregionaler öffentlich-rechtlicher Sender zu einem solchen Eingriff entschließt? So selten, dass sich der Pressesprecher an keinen Fall erinnert. Ein Sender, der sich selbst lobt für seine besondere Transparenz, „das beste Gegenmittel gegen Verschwörungstheorien“. Als „Der verschwundene Radiobeitrag“ kann man das Stück noch in den sozialen Medien hören.

Die Justiz hat die rechtliche Seite des Skandals um die Ballettschule, den man auch als Medienskandal betrachten kann, fürs Erste geradegerückt. Die Frage, ob die enorme Härte einer professionellen Ballett-Ausbildung Kindern im 21. Jahrhundert noch zuzumuten ist, fällt nicht in den Bereich von Richtern, sondern verlangt eine gesellschaftliche Debatte. Wobei die sich natürlich sofort auf den Hochleistungssport für Kinder und Jugendliche insgesamt ausweiten würde, alles diskurswürdig. Nur eins geht nicht – eine solche Debatte zu eröffnen mit anonymen Denunziationen, Medienraunen und einem Rufmord für erfolgreiche Leiter einer Schule.